

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Sonntag, 28. Dezember.

Abonnements
werden nur beim Verlag und
beim Postamt bezogen. Einzel-
nummern sind zu 10 Pfennig
vorwärts zahlbar.
Pr. 2. — für die Schweiz (Kontant)
Pr. 2. — für Deutschland (Kontant)
Pr. 2. 50 für Österreich (Kontant)
Pr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontant).
Verlag
Die dreifache Postzeitung,
25 Cts. — 20 Pf.

Erscheint
wöchentlich einmal
Zürich (Schweiz)
Verlag
No. 13.
Bestellungen
bestellen bei den Postämtern
oder beim Verlag.

N. 13.
In der „Sozialdemokrat“ findet in Deutschland als auch in Österreich den 28. Dezember 1879 die 13. Nummer heraus. Diese Nummer enthält die Fortsetzung der Artikel über die Reichskommissionen, die in der letzten Nummer abgebrochen wurde. Außerdem enthält sie eine ausführliche Besprechung der Reichskommissionen, die in der letzten Nummer abgebrochen wurde. Außerdem enthält sie eine ausführliche Besprechung der Reichskommissionen, die in der letzten Nummer abgebrochen wurde.

Ans an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.
Die Korrespondenten sind ersucht, die Artikel für die nächste Nummer möglichst bald zu übersenden. Die Abonnenten sind ersucht, die Beiträge für die nächste Nummer möglichst bald zu übersenden.

1879.
Die dreifache Postzeitung,
25 Cts. — 20 Pf.

Von übernächster Nummer Nr. 2
nächsten Jahres an liefern wir nur an
Soldate, welche ihr Abonnement in der früher
angegebenen Weise (siehe Nr. 11 und 12) durch
Vorausbezahlung erneuert haben. Wir ersuchen
deshalb um schnelle Bestellung.

Ein hochinteressantes Aktenstück.

Vor etwas über einem Monat wurde in Breslau die von dem freireligiösen Prediger Herrn Dr. Reichensbach redigirte und herausgegebene Zeitschrift: „Deutsches Wort“ auf Grund des Sozialistengesetzes verboten. Nun ist aber Herr Dr. Reichensbach keineswegs Sozialist, sondern Mitglied der Fortschrittspartei, wie er längst selbst in der Berliner Volkszeitung erklärte und auch in seiner Beschwerdechrift an die Reichskommission hervorhob, welche letztere die Beschwerde aber trotzdem zurückwies. Diese Zurückweisung (welche von dem Beschwerdeführer im Absicht an Reichstagsabgeordnete verschiedener Fraktionen vertheilt wurde) ist zur Kenntnis dessen, was die berühmte Reichs-Sozialistenabteilungsgesellschaft, genannt Reichskommission, für sich zu thun hat und hienach als verboten betrachtet, so allgemein interessant und für die gegenwärtigen Zustände in Deutschland so charakteristisch, daß wir sie nachfolgend wörtlich wiedergeben. Einem Kommentator bedarf es nicht, das folgende Schriftstück spricht für sich selbst.

Die Entscheidung der Reichskommission lautet: „In der Reichskommission.“
Breslau, den 28. November 1879.
„Mit Recht hat die genannte Landesbehörde angenommen, daß in dem in Nr. 22 aufgenommenen, „Das Grundübel der Gegenwart“ überschriebenen Artikel auf dem Umsturz der bestehenden Staats- und Verfassungsordnung gerichtete sozialdemokratische Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Einheit der Bevölkerung gefährdenden Weise zu Tage treten.“
Der in Frage stehende Artikel beschäftigt sich speziell mit der sozialen Frage, behandelt dieselbe aber nicht bloß historisch, oder objektiv historisch, sondern in agitatorischer auf den Umsturz der bestehenden Ordnung gerichteter, friedensgefährdender Weise.

Dieses ergibt sich schon aus dem Eingange desselben auf Seite 169, woselbst gelegentlich der Erwähnung auf die Verleumdung dieses in der Verfassung, daß diese Verleumdung darauf sorgfältig verwendet wird zu behaupten, daß ein Theil des Volkes verarmt und der Habsicht sich in den Händen einer Klasse vorzuziehen, die Beherrschenden als die eine Klasse den Beherrschten gegenübergestellt werden, und von letzterer behauptet wird, daß diese Klasse das ihr ursprünglich Gehörnde nicht mehr verliere und von den Beherrschenden ausgebeutet und gedemüthigt werde.

Auch im weiteren Verlaufe des besagten Artikels werden wiederholt die Arbeiter, als die Beherrschten in dieser aufreizenden Weise den anderen Bevölkerungsklassen gegenüber gestellt, und wird angeführt, daß die Arbeiter und Tagelöhner, oder wie sie an einer anderen Stelle genannt werden, die im Stufenverhältnisse einhergehenden Arbeiter, wohnt nicht in der Welt, die nicht arbeiten, und nach Ansicht des Verfassers nicht für die Gesellschaft Nützliches leisten, gemein sind. Die anderen Menschen unwürdig und niederträchtig behandeln, und dieses nur deshalb thun, weil diese letzteren bestlos seien, und ihr Dasein durch Arbeit fristen müßten.

Auf Seite 170 wird endlich noch der Satz aufgestellt, daß, wer nicht für das Gemeinwohl mitarbeite, kein Recht habe, in der öffentlichen Angelegenheit einen Platz zu beanspruchen, sondern anzurufen sei, mit Seinbegleiteten auf einer Insel des stillen Ozeans eine eigene Gesellschaft zu bilden, daß aber andererseits, wer mitarbeite, das Recht habe, daß ihm von der Gesellschaft ein menschenwürdiges Dasein garantiert werde.

Diese eben ausgeführten Stellen sind nicht, wie Beschwerdeführer auszuführen versucht, Verächtungen und Gebanken demokratisch-fortschrittlicher Richtung, sondern Charakteristiken sich als sozialdemokratische Bestrebungen der durch § 11 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 bestimmten Art, so daß das darauf basirte Verbot der Druckchrift, in welcher der genannte Artikel Aufnahme gefunden hat, durch die oben zitierte gesetzliche Bestimmung als gerechtfertigt sich darstellt.

Aber auch das von der königlichen Regierung zu Breslau weiter noch ausgesprochene Verbot des ferneren Erscheinens der genannten periodischen Druckchrift findet in den von der Landespolizeibehörde hienur aufgeführten Gründen seine volle Rechtfertigung.

Die in der Vorberathung niedergelegte Behauptung, das in § 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 bestimmte Verbot dürfe nur gegen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, und insbesondere nur gegen Druckchriften, welche speziell für einen sozialdemokratischen Zweck bestimmt seien, in Anwendung gebracht werden, ist verwerflich. Das

erwähnte Gesetz macht diesen Unterschied nicht, sondern gebietet die Erlassung des Verbots der Druckchrift, und gestattet bei periodischen Druckchriften die Erstreckung dieses Verbots auf das fernere Erscheinen derselben bei allen Druckchriften ohne Rücksicht auf deren sonstige Tendenz, auf deren Leserkreis, oder auf die politische Richtung des Verfassers oder Verlegers, sobald nur die in § 11 des Gesetzes näher bezeichneten Bestrebungen in der dort angeführten Weise in ihr zu Tage treten. Die Behauptung des Beschwerdeführers, daß er kein Sozialdemokrat, sondern Mitglied der Fortschrittspartei, und daß sein Blatt zunächst nicht für einen sozialdemokratischen Leserkreis bestimmt sei, ist demnach irrelevant.

Die sozialdemokratischen friedensgefährdenden Umsturzbestrebungen stehen sich gleich einem rothen Faden durch alle in der Entscheidung der königlichen Regierung zu Breslau vom 26. September d. J. Nr. 22 angeführten Nummern der in Frage stehenden Zeitschrift und dokumentiren zur Genüge, daß es sich hier nicht um eine durch den Inhalt der Nr. 22 begangene einmalige Verfehlung gegen das Gesetz handelt, sondern daß die genannte periodische Druckchrift die Tendenz verfolgt, den vorerwähnten Umsturzbestrebungen ihre Dienste zu leisten. Zum Nachweise dieser Behauptung wird darauf hingewiesen, daß in Nr. 7 auf Seite 49 in dem „Einige Betrachtungen über die Politik des Reichstages“ überschriebenen Artikel gelegentlich der Ausführung, wie es gekommen, daß politische Parteien, welche bisher Reichsfeinde genannt wurden, jetzt als Reichsfreunde gelten, behauptet wird, daß auch für die Sozialdemokraten, welche bisher stillschweigend Sänder geblieben seien, über kurz oder lang eine andere Zeit kommen werde, und daß nur der ein Reichsfeind genannt werden dürfe, welcher das Volk zum Arbeiten und Gehorchen gegenüber einer höheren bevorzugten Klasse bestimmt wissen wolle.

In ähnlicher agitatorischer Weise wird in Nr. 19 auf Seite 145 in dem: „Ein verwerflicher Irrthum“ überschriebenen Artikel der Satz, daß große, die Entmündelung des Menschengeschlechts betreffende Zeitfragen durch Gewalt nicht unterdrückt werden können, mit der Erlangung des gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gerichteten Gesetzes in Verbindung gebracht, und behauptet, daß das genannte Gesetz der Sozialdemokratie keinen innern Schaden zugefügt, sondern die Partei sogar verstärkt und gekräftigt habe, was durch den Satz zu beweisen gesucht wird, daß man wohl eine Zeitung, nicht aber die Gedanken verdrücken könne, welche sie als Organ dient und daß die Regierung Gegendruck erzeuge, und zum neuen Vorkampfe für Wahrheit, Freiheit und Recht ermüde.

Auf Seite 147 derselben Nummer wird in dem Artikel „über das Gemeindebürgerrecht für die Stadt Breslau“ gesagt, daß die natürlichen, aus dem Bedürfnisse der Arbeiter hervorgegangenen Organisationen durch das Sozialistengesetz zerstört worden, und daß die „Ehrenämter“ des vorgenannten Schiedsgerichts nur eine Schöpfung für die privilegierten Reichen seien. In derselben Nr. wird auf Seite 150 die Wahl von Sozialdemokraten in den preussischen Landtag empfohlen, und werden dieselben werthvolle Bundesgenossen der Fortschrittspartei genannt.

Die oben erwähnte Tendenz tritt auch in der Nr. 20 zu Tage, woselbst auf Seite 156 mit geheimer Schrift aus Dresden berichtet wird, daß man daselbst Gelder für die ausgewiesenen Sozialdemokraten und deren Familien in Empfang nehmen dürfe, ferner auf Seite 157 gelegentlich einer Besprechung der Wahl Dianqu's in Bayreuth bemerkt wird, daß man aus dieser Wahl ein Erwachen und eine Verstärkung des Sozialismus erkenne, und endlich auf Seite 158 bei Besprechung der Arbeiteranklagen in Badre gefagt wird, daß bei der Unterjochung der Arbeiterklasse, daß die Arbeiter mit dem zu knapp getheilten Lohn nicht existiren konnten, keine Beachtung gefunden habe, und daß, wie sich als Sinn des offenbar wörtlich gehaltenen vorletzten Satzes dieses Artikels ergibt, die preussische Regierung für die Arbeiter nichts thue.

In Nr. 21 endlich wird auf Seite 166 in einem Artikel aus Sachten das Resultat der dortigen Landtagswahlen, daß nämlich zwei Sozialdemokraten in den Landtag gewählt worden sind, und die Sozialdemokraten in vielen Bezirken ansehnliche Minoritäten erlangt haben, als ein freudiges Ereigniß gefeiert.

Das von der königlichen Regierung in Breslau unter dem 26. September d. J. erlassene Verbot erscheint demnach in allen seinen Theilen vollkommen gerechtfertigt, und war demgemäß die von A. Reichensbach hienur erhobene Beschwerde, so wie geschehen, abzuweisen.

Die in vorstehendem Aktenstück angeführten Gründe sind, wenn man das Sozialistengesetz überhaupt billigt, so unerbötlich sie auch klingen, gar nicht so ungerecht. Ja, wir müßten gestehen, daß wir uns sogar freuen, daß das Sozialistengesetz nunmehr auch einmal, 110 ja 111, wie die Liberalen und Fort-

schrittler sagen werden, gehandhabt worden ist. Solange nämlich das Gesetz in der härtesten, rigorosesten und gleichsam auf festen Weise nur gegen notorische Sozialdemokraten angewandt wurde, sondern die Herren Liberalen das Verfahren der Regierung und der Reichskommission stets loyal, die Ununterschiedlichkeit des Sozialismus von Schläffe wurde freigegeben, und der sozialistische Inhalt der Broschüre, wie Schläffe kein „notorischer Sozialdemokrat“ ist, das Verbot der „Bittauer Morgenzeitung“ wurde von der Reichskommission aufgehoben, nicht weil der Inhalt ungefährlich, sondern lediglich, weil in das Blatt fortschrittlich ist, und die Verlage der „Chemnitzer Zeitung“, in welcher die Landtagskandidatur Wahlrecht, eines notorischen Sozialdemokraten, empfohlen wurde, ist freigegeben worden, weil die „Chemnitzer Zeitung“ nationalliberal ist.

Das nannten die Liberalen loyal. Durch diesen Begriff der Loyalität macht ihnen nun der vorliegende Beschluß der Reichskommission einen deuten Strich und deutet an, daß über allen oppositionellen Blättern das Damoclesschwert des Sozialistengesetzes schwebt. Also liegt der bödliche Pheil den Liberalen gegen das demokratische Volk, das ist, gegen die Sozialdemokratie zu schleudern gedachten, zurück und trifft die Ungeschickten und elenden Schläffen. Das nennen wir eine „loyale“ Handlung des unerbittlichen Geschicks!

Die Zwickauer Katastrophe und die Mittel zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle.

Aus Sachsen. Zum dritten Male seit zwölf Jahren ist der sächsische Kohlenbergbau von einer furchtbaren Katastrophe heimgegriffen worden. Die 89 Menschenleben, welche das letzte Unglück auf dem Bräunbergshacht bei Zwickau gekostet, sollten endlich unseren maßgebenden Kreisen eine tiefere Mahnung sein, einmal nachzusehen, ob denn nicht Manches saul ist im Staate Danemark. Aber es scheint, als ob auch diese Opfer wieder vergebens wären; denn statt eine ehrliche, offene Untersuchung über die Ursachen des Unglücks anzustellen und deren Resultate zur gründlichen Besserung der Zustände gesetzgebend und administrativ nutzbar zu machen, werden alle Anstrengungen gemacht, um zu vertuschen. Die Grabenbesitzer und die mit ihnen Hand in Hand gehende Presse behaupten trotz aller gegentheiligen Beweise fest und fest, daß „Niemand“ schuldig sei; die mit an der Spitze der Sammlungen stehenden Regierungsbeamten ermahnen, angesichts der Noth jeder anderen Gedanken als den des Wohlthuns fahren zu lassen. Und nicht minder ist auch das Pfaffenhum geschäftig in ähnlichem Style den nur zu gerechten Forderungen über das Ereigniß in den Kreisen der Bergleute verschiedentlich kund gibt, zu beschwichtigen. Bei dem Trauer-gottesdienste, der am 9. d. d. in einer der Zwickauer Kirchen stattfand, hatte predigende Pfaff, Superintendent Körner, die Unverschämtheit, den Leidtragenden die Warnung zuzurufen: „Ueber den Unglücksfall nicht nachzudenken, aber die „Fügung Gottes“ nicht zu murren und zu lästern, und namentlich den Hebereichen gewisser Agitatoren, die dieses Anheil auch wieder für ihre Zwecke ausbeuten würden, kein Gehör zu geben.“ Natürlich war das Maß für die Ohren unserer Ausbeuterfreunde und so stellt denn das Zwickauer Wochenblatt, das Amtsblatt für die Behörden von Zwickau, die „Bitte“, diese so „innige, lehrreiche und erhebende Rede“ durch den Druck veröffentlicht zu sehen!

Haben aber Behörden und Bourgeois ein Interesse, ihre Augen zu vertuschen, so haben wir, als Vertreter der Arbeiterklasse, das Interesse und die Pflicht, die Vorgesetzten an das Recht zu ziehen. Sonntag, den 7. Dezember, waren eine Anzahl unserer Genossen aus Zwickau und Umgegend im Verein mit einigen Leipziger Freunden zusammengekommen, um festzustellen, welchen Ursachen das Unglück geschuldet sei. Eine Anzahl unserer Genossen, die Bergleute sind, gaben als Sachverständige die nöthige Aufklärung. Demnach unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel mehr, daß die Katastrophe einzig und allein durch die Nachlässigkeit resp. durch die Gewinnucht der Verwaltung hervorgerufen wurde und mit Rechtigkeit hätte vermieden werden können!

Das Ergebnis eines mehrstündigen Meinungsaustausches, woran sich Personen beteiligten, die den Bräunbergshacht aus eigener persönlicher Erfahrung genau kennen, ergab folgendes: Der Bräunbergshacht gehört zu den tiefsten des Zwickauer Meeres und ist wegen der Gefahren, die er für die Arbeiter birgt, in keinem guten Ruf; schlechte Wetter sind in denselben nichts Seltenes. Es müßte also die erste Pflicht einer gewissenhaften Verwaltung sein, welche doch die Katastrophe ihres Werkes genau kennt, strengstens auf gute Ventilation zu sehen, und wenn durch irgend eine Ursache eine Störung in derselben eintreten, sofort die Fortsetzung einstellen zu lassen.

Ganzen eine gute gewesen sein, es trat aber an dem Tage, wo das Unglück geschah, eine bedeutliche Störung ein, indem durch Pulverförderung zur Herstellung eines neuen Stillorts der die von Tag einströmende Luft in die Arbeitsstrecken leitende Wetterseider zerrümmert und dadurch der Luftstrom abgelenkt wurde und einen anderen Lauf nahm. Es wäre nunmehr Pflicht der leitenden Beamten gewesen, die Förderung sofort einzustellen, bis der Wetterseider repariert und die Ventilation wieder in vollem Gange war. Dies geschah nicht. Zwar wurde Befehl gegeben, den Wetterseider auszubessern und gingen auch sofort mehrere Zimmerlätze an die Arbeit; man ließ aber ruhig den um sechs Uhr Abends stattfindenden Schichtwechsel vor sich gehen und die neue Mannschaft einfahren, obgleich diese von den Ausführenden gewarnt wurde.

Nach mehr als dreistündiger Arbeit war der Wetterseider wieder hergestellt, während welcher Zeit die Belegmannschaft vor Ort thätig war. Diese Zeit genügte vollst., um die Wetter anzusammeln. Als nach dem Frühstück, ungefähr um halb zehn Uhr, die Mannschaft wieder an die Arbeit ging, war die Ventilation zwar hergestellt, es erlangten aber nunmehr die mittlerweile angesammelten Grubengase durch den Zutritt der atmosphärischen Luft ihre volle Explosionsfähigkeit. Zur Erläuterung sei bemerkt, daß die aus Kohlenstoff und Wasserstoff bestehenden Grubengase ihre höchste Explosionsfähigkeit dann erlangen, wenn sie ungefähr ein Achtel des Lufttraums absorbieren. Sobald sie stärker vorhanden sind, explosiren sie selten; tritt aber alsdann der nötige Sauerstoff hinzu, so daß sich das bezeichnete Verhältnis herstellt, dann genügt der geringste Funke, die Explosion zu erzeugen. Die nach der Explosion mit Kohlenstaub geschwängerte Luft ist so gefährlich, daß ein einziger Athemzug genügt, den Tod herbeizuführen! Daher kommt es, daß nach schlagenden Wetter in Folge der langsam abziehenden Stielluft, des sogenannten Nachschwades, noch so viele Tötungen vorkommen. In dem vorliegenden Falle hatten sich offenbar in den länger als drei Stunden von der Ventilation abgeschlossenen Strecken erhebliche Massen Grubengase angesammelt; die, weil sie leichter als atmosphärische Luft sind, sich nach der Decke zogen. Sobald die Ventilation in Gang kam, wurden die Gase in roirrende Bewegung gebracht, durch den Zutritt frischer Luft in hochgradige Explosionsfähigkeit beretzt und nun genügte die offene Lampe eines Bergarbeiters, um Tod und Verderben zu verbreiten.

Durch die Explosion erschreckt, warfen viele Arbeiter auf den entferntesten Strecken ihr Arbeitszeug hin und suchten zu entfliehen, gerieten aber in die nachziehende, mit Kohlenstaub geschwängerte Luft und ersticken. So entstand die große Zahl der Toten. Von der eigentlichen Explosion wurden nur 36 getroffen, 53 ersticken und von diesen 37 wieder dadurch, daß sie in der Angst ihre sicheren Plätze verließen.

Diese wahrheitsgetreue Darlegung bereinigt die von der Verwaltung und der Presse gemachte Behauptung, daß „Niemand“ die Schuld trage, endgiltig. Hätte die Verwaltung da die Sprengung der Stillörter in unmittelbarer Nähe des Wetterseiders geschah, durch Errichtung einer festen Schießwand Paroisse getroffen, daß der Wetterseider nicht zerschossen werden konnte, so blieh die Ventilation ungestört und das Unglück war unmöglich. Nachdem aber einmal dieses Versehen vorgekommen, war es Pflicht der Verwaltung, sobald ihr die Beschaffenheit des Wetterseiders gemeldet wurde, deren notwendige Folgen sie kennen mußte, sofort Schicht zu gebieten und die Ausfahrt der Belegmannschaft zu veranlassen. Statt dessen arbeitete die Mannschaft volle drei Stunden in Strecken mit vollständig gestörter Ventilation, und in einem Werk, dessen Bau für Schlagende Wetter sehr empfänglich ist.

Wäre statt dessen die Arbeit unterbrochen worden, wäre, wie es jeder Fachmann als selbstverständlich finden wird, die Arbeit erst wieder aufgenommen worden, nachdem durch eine mehrstündige wiederhergestellte Luftzirkulation die Strecken frei gelegt waren und eine vorläufige Untersuchung mit der Sicherheitslampe keine Luft ergab, — so wäre das Unglück unmöglich gewesen. Eine höchstens sechsstündige Unterbrechung der Arbeitszeit hätte 89 Menschen das Leben gerettet!

Warum hat man das nicht getan? Des elenden Geldgierwinns halber! Der Brüdenbergischacht steht finanziell sehr schlecht und war schon seit Jahren. Der frühzeitige und heftige Winter war der Kohlenkonjunktur günstig, die Preise stiegen, weil die Kohlen fehlten. Es galt also, die Konjunktur auszunutzen. „Wir brauchen Kohlen“, war die Losung und so wurden leichtsinnig 89 Menschen in den Tod gerieben.

Nun, die sozialistischen Abgeordneten im schlesischen Landtag werden dafür sorgen, daß die Katastrophe zur Sprache kommt und daß auch die verbrecherischen Fehler aufgedeckt und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden!

Diese neueste Katastrophe hat aber auch wieder die Frage angeregt: wie ähnlichen Unglücksfällen am besten zu begegnen sei? Die Antwort lautet: Durch Expropriation der Gruben zu Gunsten des Staats! In jener Bismarck's Zusammenkunft erklärten sich sämtliche Anwesende mit dieser Idee einverstanden.

Wenn mit einem Verbot durch den heutigen Staat auch, wennswegs unmittelbar ein sozialistischer Zweck erreicht wird, so hat derselbe doch für die Arbeiter große Vortheile und das Prinzip, daß die im Staat repräsentirte Gesamtheit besser bewirtschaftet kann, wird irgend eine Privatunternehmer oder eine Anzahl von Privatunternehmern, erlangt eine neue Stufe. Alles, was für den Eisenbahnbetrieb im Großen spricht, spricht selbstverständlich auch für die centralistische Verwaltung des Kohlenbergbaus durch den Staat. Derselbe ist bei diesem um so leichter, da sich derselbe nur auf ein verhältnismäßig kleines Terrain erstreckt.

Es soll nicht Aufgabe dieses Artikels sein, die Vortheile eines centralistischen Betriebs für den Staat als Unternehmer darzulegen; wir wollen vielmehr kurz die Vortheile hervorheben, die für Leben, Gesundheit und materielle Existenz des Arbeiters dabei herauskommen.

In erster Linie würde die Sicherheit des Betriebs ganz bedeutend gewinnen, weil alsdann alle Grenzen zwischen den einzelnen Werken aufgehoben und die Ventilation die denkbar beste werden kann. Sicherheitsmaßregeln, die heute im Einzelbetrieb kaum möglich sind oder nur unvollkommen aufgeführt werden, weil sie zu große Kosten verursachen, könnte der Staat, der mit

den Ertragnissen der guten Werke die Unterbilanz der schlechten übertragen kann, durchführen.

Die Freizügigkeit der Arbeiter innerhalb des ganzen Reichs würde mit einem Schlage durchgeführt, wödingegen heute der Arbeiter in Rücksicht auf Unterhaltungsstufenverhältnisse an ein bestimmtes Werk gebunden ist. Eine Gefahr für die Unterhaltungsstufen, wie sie gegenwärtig bei vielen Werken in Folge der schlechten Ertragnisse der letzten Jahre eintrifft und der gesteigerten Krankheits- und Invaliditätsfälle andererseits vorhanden ist, könnte nicht vorkommen. Die Pensionen- und Krankenunterstützungen könnten erhöht werden und es brauchte nicht bei jedem größeren Unglücksfalle an das öffentliche Mitleid appellirt zu werden, wie dies jetzt geschieht. Thatsache ist, daß die Gewerkschaft des Brüdenberg's dreimal bankrott war, wenn sie die Hinterlassenen der Getödteten aus ihren Mitteln entschädigen sollte. Mit dieser Thatsache ist die vollständige Unzulänglichkeit des so viel gerühmten Knappschaffs-Kassenwesens erwiesen.

Merktings würde auch der Staatsbetrieb, d. h. der Betrieb seitens des heutigen Staates nicht die volle Freiheit des Arbeiters sichern. Die Maßregelung politisch Mißliebiger würde in vollem Maße durchgeführt werden können; aber schämmer, wie es gegenwärtig ist, kann es schwerlich werden. Die Intoleranz, der Haß und die Verfolgungswuth der Bourgeoisie ist so groß und geht gewöhnlich so in's Kleinliche und Verleedende, daß jede Aenderung des Herrschaftsverhältnisses als eine Verbesserung angesehen werden muß. Das haben die deutschen Arbeiter im Laufe der letzten Jahre tausendfältig erfahren.

Sicher ist, daß die Uebernahme des Kohlenbergbaus durch den heutigen Staat seine bereinigte Umwandlung in sozialistischen Betrieb reichert. Jed e Sozialist ist ein Sozialist, und Produktionsmittel muß answillkommen sein! Der Kleinwerbetreibende wird vom Kapitalisten, der Kapitalist von den associirten Kapitalisten, die associirten Kapitalisten werden vom Staat verklungen. So potenzirt sich der Aushausungsprozess bis eines Tages der heutige Staat seine kapitalistische Seele ausgebläut bekommt und in den sozialistischen Staat verwandelt wird.

Wenn die Bismarck's Katastrophe dazu beiträgt, die Erkenntniß von der Nothwendigkeit einer solchen Umwandlung in weiteren Kreisen zu verbreiten — und das scheint uns der Fall zu sein — oder gar diesen Umwandlungsprozess ein Stück vorwärts zu treiben, so soll dies unseren Vorkurs über die leichtsinnige Preisgabe von Arbeiterleben einigermaßen dämpfen.

Leider wird, wie heutigen Tages noch die Dinge liegen, meist aller Fortschritt nur durch Menschenopfer erkauft; heute auf dem militärischen Kriegsschauplatz; morgen auf dem industriellen, übermorgen auf dem sozialistischen.

Die Sache des Sozialismus ist es, dem ruhigen, friedlichen, ungehinderten und unangestrichelten Fortschritt der Menschheit die Bahnen zu ebnen.

Die Lage der Arbeiter in Polen.

Wenn es im westlichen Europa genug Advokaten, Journalisten und sonstige Leute gibt, welche behaupten, daß es eine soziale Frage gar nicht gebe, so fehlt es auch in Polen an Vertheidigern der Sache der Bourgeoisie durchaus nicht. Reactionäre, Liberale und Radikale, alle Vertheidiger des alten politischen Polen gehen einig mit einander in der Bekämpfung der Sozialisten; sie behaupten, die Polen hätten nicht nöthig, sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen und alle ihre Bestrebungen müßten nur auf das einzige Ziel der politischen Emanzipation gerichtet sein.

Einige, am miltchen Quellen entnommene Ziffern werden Indessen eindringlicher als lange Reden den Lesern beweisen, daß die wirtschaftliche Lage der polnischen Arbeiter ebenso traurig, wenn nicht trauriger ist, als die der Arbeiter anderer europäischer Staaten.

Die Entwicklung der Industrie schreitet in Warschau immer mehr voran; das Kapital gedeiht, der Arbeiter aber leidet. Man betrachte nur die folgenden Zahlen:

	1878	1879
I. Fabriken und Hüttenwerke	258	273
Beschäftigte Arbeiter	12,381	12,986
Produktionskosten	Rubel 24,181,994	27,228,859
II. Werksstätten	3,636	4,329
Arbeiter (Gehüfen)	6,743	7,429
Lehrlinge	9,240	
Produktionskosten	Rubel 17,845,970	23,031,636

Der mittlere Arbeitslohn beträgt 255 Rubel 52 Kopfen jährlich, was ungefähr 1022 Franken (817/8 Mark) ausmacht. Die Frage ist nun, wie man um diese Summe in Warschau oder einer andern Stadt Polens leben kann (mit andern Worten: welche Kaufkraft sie besitzt). Wir nehmen als Grundlage unserer Berechnung eine aus vier Gliedern bestehende Familie.

Eine offizielle Kommission veranstaltete eine Untersuchung der Lage der arbeitenden Klassen in Warschau. Nachdem sie 132 Wohnräume besucht, welche sie von 1206 Personen (also 9 auf einen Raum) bewohnt getroffen hatte, — kam sie zu folgendem Schluß: 147 Wohnungen, von 468 Personen bewohnt, seien vollkommen unbeschäftigt. Für eine Arbeiterwohnung muß trotzdem im Durchschnitt 8 Rubel pro Monat bezahlt werden. Rechnet man hierzu monatlich Fleisch (1/2 Pfd. die Person täglich) 4 R. 50 K., Gemüse, Mehl, Käse 6 R., Brod (3 Pfd. täglich) 3 R. 90 K., Salz, Pfeffer, Fett, Del 3 R., Beleuchtung 1 R. 50 K., Heizung 2 R. — so erhält man an nöthigsten Ausgaben für den Monat 26 R. 90 K. und für das Jahr 322 R. 80 K.

Es bleibt demnach ein Defizit von 67 Rubel 28 Kopfen. Und doch sind Kleidung, Schuhe, Wäsche und andere notwendige und unabwendbare Bedürfnisse in der Berechnung noch nicht inbegriffen. Vergessen wir ferner nicht, daß der Meister oder Arbeitgeber einen Theil des Lohnes für die Krankenkasse zurückhält. Und wie sind diese Kassen beschaffen? Ein Arzt besuchte einen Kranken, welcher die lächerliche Unterstützung von 30 Kopfen täglich erhielt.

Diese arithmetische Demonstration ist schlagend. Ist es unter solchen Umständen noch am Platze, zu überlegen, ob die Organi-

zung einer sozialistischen Partei in Polen ein zwingendes Bedürfnis sei?

Betrachten wir jetzt die Lage in Galizien, welches nicht einer absoluten Gewalt unterworfen ist, sondern einer „konstitutionellen“ Regierung. Die landwirtschaftliche Produktion nimmt stetig ab und von Jahr zu Jahr vermehren sich die Schwärzgeleiten der Ernährung des galizischen Volks. Ruthenen und Polen, die Polenern leiden oftmals Hunger und diese Geißel steht wieder einmal für das neue Jahr in sicherer Aussicht.

Die wirtschaftlichen Bedingungen, unter welchen der Bauer lebt, sind die elendesten. Nach den statistischen Aufstellungen Kapaci's gibt es 653,637 Kleinbesitzer, welche fast alle zu gleicher Zeit Eigenthümer und alleinige Behauer ihrer Grundstücke sind, und welche im Durchschnitt 4 Hektaren pro Familie besitzen, von denen aber nur 1/4 ertragsfähig sind. Dazu kommt, daß der Mangel an Wegen, welche das Land durchziehen (die vorhandenen dienen nur den Interessen der Großgrundbesitzer) und das gänzliche Fehlen jeglichen Handels das Land im Zustand einer fast vollständigen Stagnation erhalten. Der Kleinbesitzer, der Bauer weiß nicht, wovon er seine Familie ernähren und die Steuern bezahlen soll. Und die letzteren sind wahrhaft erschreckend und werden immer erhöht. Erst in jüngster Zeit hat die Regierung wieder ihre Absicht zu erkennen gegeben, Zucker, Kaffe, Petroleum und eine Menge anderer Genussmittel mit einer indirekten Steuer zu belegen.

Hatten die achtzehn, noch immer im Krakauer Gefängnis liegenden jungen Sozialisten Recht oder nicht, wenn sie die Lehren des Sozialismus predigten? Diese Frage stellen, heißt sie beantworten.

Sozialpolitische Rundschau.

Eine famose Charakteristik des deutschen Parlamentsvertrags liefert eine durch die ganze Presse gehende Nachricht, der zufolge der nächste Reichshaushaltungs- und Voraustrich der Annahme des Gesetzes über die Verhältnisse der Staatsexamina den bereits für die Rechnungsjahre 1880-81 und 1881-82 vorgelegt wird. Wie so sicher ist die Regierung ihrer Sache, und so wenig hält sie es für nöthig, die einfachste Form zu beobachten, daß sie die gleichzeitige Beirath- und Zustimmung des getrennten Reichstages nicht einmal mehr abwartet, sondern sich gleich selbstständig darauf einrichtet! Nun, was kann es mit Erfolg sein, wenn die Dinge immer mehr ihres bestechenden und irrleitenden Scheins entleert werden und sich dem deutschen Volk und der ganzen Welt in ihrer wahren Gestalt zeigen. Es ist die notwendige Voraussetzung der Verbesserung der Zustände, daß die Unterthanen sich nicht in dem Traum würgen, wohlberechtigter Bürger zu sein, welche Eitelung auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten haben. Der Reichstag soll wissen und fühlen, daß er Reichstag ist, dann empfindet er erst die Nothwendigkeit, sich seines Herrs zu entledigen. Und wenn man erst den Zweck will, finden sich die Mittel stets.

Die von der preussischen Regierung so gelungen arrangirte parlamentarische Zweckmühle hat jetzt zur Abwechslung wieder einmal nach der andern Seite ihre Schuldigkeit getan. Bei den Rollen haben die Ultramontanen mit den Konserativen den Rollen der Regierung gegen die Liberalen durchzogen, bei den Eisenbahnvorlagen überstimmten die Liberalen mit den Konservativen die Ultramontanen, und jetzt bei der Interpellation wegen der Simultanfragen werfen wieder die Ultramontanen ihren Einfluss zu Gunsten der Regierung und gegen die Liberalen in die Waagschale. Und so kann das geistreiche Spiel noch lange fortgehen und die Regierung durch abwechselnde Gruppierung der mit ihrer Dienstbereitschaft rivalisirenden Parteien jeden ihrer Wünsche durchziehen. Daß die Ultramontanen in der Simultanfrage die Regierung unterstützen würden, war übrigens nur natürlich, denn die angebotene Entscheidung des Ministers war ja in ihrem Interesse getroffen und einen vassenden Minister als Bismarck's Schwager Bismarck's könnten sie auch nicht so gleich finden. Und vor Allem in der Schulfrage sind sie einander sympathisch, denn in des Ministers Meinung, daß die Schule nicht in das verlorne Meer einer bloß humanitären allgemeinen Bildung hinauszuweilen, sondern fest begründet bleibe auf der unerschütterlichen Grundlage, die aus dem ewigen entspringt und in das Ewige zurückführt, — in dieser Meinung, deren notwendige Konsequenz die Konfessionsfrage ist, begegnen sich beide Theile. Es war daher kein Wunder, daß der Kultusminister eine Majorität von 98 Stimmen erhielt und damit prinzipiell das Todesurtheil über die Simultanfragen ausgesprochen wurde. Die Reaktion ist eben unheilbar und muß sich auf jedem Gebiet heftigen. Sie muß sich um Stück der geringen Zugeständnisse, welche ihr vom Zeitgeist abgerungen worden waren, wieder abtheilen, bis das Maß voll ist!

Die deutsche Presse ist angefüllt mit wahrhaft haarsträubenden Berichten über die Hungersnöthe in Ober-Schlesien. Gelagene Suderöhren, trockene Krautblätter, wässrige und verfaule Kartoffeln — kurz Dinge, welche sonst einzig als Viehfutter benutzt werden, ja zum Theil nicht einmal zu diesem gebraucht werden können, machen die einzigen Nahrungsmittel von Zehntausenden aus. Ja, die Hungersnöthe wären noch trost, wenn sie von diesen eßen, bei zur Kraftbildung kaum in Betracht kommenden Nahrungsmitteln nur genug hätten, während in vielen Gegenden thatsächlich absolut gar nichts mehr vorhanden ist und die Armen vor dem Hungertode lediglich durch die öffentliche Wohlthätigkeit errettet werden können. Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß der Hunger in Oberschlesien immer mehr um sich greift. In Zaborna (Kreis Ratibor) sind bereits 5, in Alt-Gole 5, in Salsz 7, in Opa 10 schwere Fälle konstatiert. Und da die Grundbedingungen für die Entwicklung und leichte Verbreitung der Krankheit durch die schreckliche Ernährungswaise, die mangelhafte Bekleidung und die oft geradezu ungläublich erbärmlichen Wohnungsverhältnisse in vollem Maße vorhanden sind und eine ausgiebige, dauernde Hilfe noch immer nicht eingetreten ist, so wird eine Massenstarbung nicht auf sich warten lassen. Mit einem Wort:

der Nothstand ist durch den bedenklichen Zustand der nothleidenden Bevölkerung nicht mehr fern von dem des Jahres 1847.

Eine wirkliche Hilfe kann hier nur die Gesamtheit der Staat leisten und sie zu gewähren ist seine Pflicht. Aber der Staat hat ja unter der Klassenherrschaft weit wichtigere Aufgaben, als daß er für solche Lappalien, wie Leben und Gesundheit von einer halben Million armer Menschen, Zeit und Geld übrig hätte. So glaubte denn auch die preussische Regierung mit dem Vorschlag von 925,000 Mark Darlehen an die nothleidenden Kreise und 300,000 Mark „Staatshilfe“ an den Landarmenverband vollaus genug getan zu haben und ließ, während die Noth täglich höher steigt, kein Wort von sich hören, so daß sie erst durch eine Interpellation zum Reden gezwungen werden mußte. Da war sie dann freilich, wie gewöhnlich, mit guten Versprechungen reichlich bei der Hand und verließ, dem Landtag nicht nur eine Kreditforderung, sondern eine Vorweisung für die nothleidenden zugehen zu lassen, sondern auch Mittel zu ergreifen, um die Wiederkehr solcher Nothstände zu verhindern. Von letzterem nun ganz zu schweigen — denn zu diesem Zweck müßten die ganzen Besitz- und Produktionsverhältnisse gründlich umgestaltet werden, woran die heutigen Machthaber nicht denken — braucht die Regierung aber auch zu erstern noch einige Wochen Zeit zu den „nothigen Erhebungen und Vorbereitungen“, während denen die Nothleidenden ruhig weiter hungern, weiter frieren und weiter sterben können. (Hof, W.) Bourgeoise, „Volkvertreter“, Bürokratie, all die Mächtigen und Reichen wollen ja auch Zeit haben, sich vor richterlichen Weihnachtsschüssen und an gabelbedeckten Tafeln der Festtage zu erfreuen; was wird sich da die Freude durch die Entfernung an die bleichen Zammerngestalten der Nothleidenden verstellen lassen! Diese sind das Uebel der Gesellschaft! Auf einige Tage und Wochen kommt's da nicht an!

Die österreichisch-ungarische Regierung hat an die „Volkvertreter“ der beiden Reichshälften das unverkennbare Verlangen gerichtet, daß dieselben im Interesse des Vaterlandes und dessen Sicherheit natürlich für volle acht Jahre auf ihr verfassungsmäßiges Militärabgabewilligkeitsrecht verzichten sollen, indem sie die Friedenspräsenzstärke der Armee für diese Zeit unverändert auf 800,000 Mann festsetzen. Wie richtig die Regierung dabei die Wichtigkeit der Parlamentsarbeit achtet, beweist, daß der ungarische Reichstag und das österreichische Herrenhaus dem Verlangen der Regierung sofort nachgegeben haben. Nur das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichstages oder vielmehr die liberale „Verfassungspartei“ besteht iperite sich etwas gegen die ihr zugemessene Entäußerung eines ihrer wichtigsten Rechte. Ohne die Zustimmung eines beträchtlichen Theiles dieser Partei konnte aber die Regierung ihren Willen nicht durchsetzen, da zur Verwirklichung einer Zwölfteilherabsetzung erforderlich ist. Es wurden deshalb sehr von Seiten der Regierung die äußersten Anstrengungen gemacht, Drohungen, Versprechungen, Schmeicheleien und Prestitionen aller Art auf die Widerbeständigen ausgedehnt und jeder einzelne „Verfassungstheoretiker“ auf's Eindringlichste bearbeitet. In der „antofinanzminister“ Weise müßte sich sogar der Kaiser persönlich betheiligen, „befehl“ den Führer der Liberalen zu sich und spräche ihm seinen unabänderlichen Willen und die Erwartung aus, daß seine getreue Opposition nachgeben werde. Und die Liberalen müßten mächtig von andern Holz geschneit sein, wenn sie solchen Prestitionen hätten widerstehen können. In der dritten Lesung verhielt sich auch die Regierung das verlangte Weihnachtsschüssen. Der Liberalismus ist eben überall derselbe erbärmliche, kraftlose Geselle. Ebenso wenig als die Nachgiebigkeit der Verfassungspartei soll es uns aber wundern, wenn die deutsche Regierung bei Ablauf des deutschen Militärabgabewillens im nächsten Frühjahr als einen weiteren „Grund“ für eine bedeutende Erhöhung des Militärabgabewillens die Erhöhung und zehnjährige Fixirung des österreichischen Preisstandes anführt. Und so fort mit Grauel!

Die ökonomische Macht des Kapitals überall und unter allen politischen Institutionen zu derselben Entschiedenheit und Strenge des arbeitenden Volkes führt und wie der republikanische Arbeitgeber seinen Arbeitern gegenüber dieselbe rücksichtslose Gewaltthat ist, wie der monarchische, konstitutionelle oder wie es sich sonst nennt — zeigt ein geradezu schändlicher Fall von Arbeiterverfolgung in der Schweiz, welcher aus der letzten kantonalen Arbeitervereins-Delegirtenversammlung in Glarich berichtet wurde. In Ulm hatte ein Arbeiter sich über Anzeigen des Fabrikgesetzes bei der Direktion des Innern beschwert. Diese sandte den betr. Brief an Statthalter Frei und dieser brachte ihn in die betr. Fabrik, wo man natürlich den Reklamirenden alsbald entdeckte, der hierauf sofort eingelassen wurde. Wohl saß der Gemüthsgelaste Arbeit in einer andern Fabrik, kam aber war er ein Tag in der Fabrik, so wurde er auch dort eingelassen. Noch mehr! Seine Frau, welche die Reklamirer bedeckte für einen Fabrikanten am See und als sie das „Wupp“ abtrotzte, erklärte ihr der Fabrikant, er habe keine Arbeit mehr für sie. Der Mann, der dazu noch ein Krüppel ist, versuchte nun, durch einen Hausverkauf sein Leben durchzubringen. Aber er war einmal im Markt und man erklärte und die Fabrikanten verboten ihren Arbeitern, dem Krüppel etwas abzukaufen. So erging es einem übrigens ganz ruhigen Bürger, der einzig die „Freiheit“ hatte, sich auf das Fabrikgesetz zu berufen und deshalb von der Behörde selbst den Herren zur Rache denunziert wurde.

Der jüngste französische Arbeiterkongress in Marseille hat bekanntlich die Organisation des französischen Proletariats in einer von allen andern Klassen und Parteien getrennten, festgeschlossenen sozialistischen Arbeiterpartei beschlossen. So vollkommen wir mit diesem Beschluß, den wir als die wichtigste Aufgabe des Kongresses von Anfang an bezweckt hatten, einverstanden waren, so wenig Hoffnung hatten wir leider, den Beschluß unter den vorhandenen Verhältnissen alsbald in die That umgesetzt zu sehen. Um so erfreulicher ist es für uns zu sehen, daß von Seite der entwickelten französischen Gewässer mit Eifer und Hingebung daran gearbeitet wird, die Arbeiterbestrebungen immer mehr auf den rechten Weg zu lenken, sie auszubilden und sie in einem vollst. aktionsfähigen Parteigebilde zusammenzufassen. Als erstes Mittel zu diesem Zweck begründete die in der letzten Kongresssitzung gewählte Reichskommission, welche sich sofort

als „Comité général exécutif“ konstituirte, ein offizielles Parteiorgan, dessen Probenummer uns soeben zugegangen ist. Dasselbe führt den Titel „La Fédération. Bulletin Mensuel des Intérêts du Proletariat Français“ (Der Bund Monatschrift für die Interessen des französischen Proletariats) und erscheint in der ersten Woche jedes Monats unter Redaktion des als Berichterstatter des Marceller Kongresses rühmlich bekannten Genossen Lombard in Marseille. Das neue Organ macht sich keineswegs das Studium der sozialen Frage und die Polemik zur Aufgabe, welche Felder es ganz und gar den schon bestehenden und noch zu gründenden politischen Blättern der Partei zur Debatte überläßt; es will lediglich über die Bildung neuer Arbeiterorganisationen und deren Gruppierung, über Verclamirungen und Vereine, Arbeitseinstellungen, mit einem Wort, über den Stand der französischen und allgemeinen Arbeiterbewegung unparteiisch berichten.

Dieser Aufgabe getreu liefert die „Fédération“ gleich in ihrer Probenummer interessante Berichte über die Fortschritt, welche die französische Arbeiterbewegung seit dem letzten Kongress gemacht hat. Die Syndikatskammern und sonstigen Arbeitervereinigungen von Marseille haben bereits Vorbereitungen zu einer engen Verbindung geschloffen und letztere wird bald eine Thatsache sein. Andere Städte sind auf dem besten Weg, diesem Beispiel zu folgen; so haben sich die 16 Syndikatskammern von Toulouse bereits verbündet. Verschiedene Gruppen sozialer Studien sind neu begründet worden. Von größter Wichtigkeit ist die Entwicklung der sozialistischen Presse. Den ersten Rang nimmt hier entschieden die mit Neujahr erscheinende „Revue socialiste“, ein, welche von einem bekannten Kommunisten redigirt wird und an welcher sich die hervorragenden französischen und ausländischen Sozialisten als Mitarbeiter betheiligen. Diese „Revue“ wird wenigstens hinsichtlich der politischen Parteibildung, von noch größerer Bedeutung sein als es unsere deutsche sozialistische „Revue“, die „Zukunft“, war; nämlich insofern, als sie die Aufgabe hat, die Vertreter der verschiedenen sozialistischen Schulen Frankreichs auf dem Wege des gemeinsamen Studiums einander zu nähern, die zahlreichen, auf falschen Voraussetzungen beruhenden Gegensätze, welche zwischen ihnen herrschen, allmählich auszugleichen und alle Kräfte vereint dem Zweck der planmäßigen, zweckbewußten Emanzipation des Proletariats durch Organisirung der französischen Arbeiterklasse dienstbar zu machen. Neben dieser „Revue“, auf welche wir demnächst des Ausführlicheren zurückkommen werden, wird in Marseille demnächst ein sozialistisches Wochenblatt erscheinen, welches das Parteiorgan für den Süden bilden wird. In Lyon und Besançon (Sard) werden tägliche Blätter gegründet.

Der Marceller Kongress hat das Land hinsichtlich der Parteiorganisation in sechs Regionen eingetheilt: 1) Paris — Zentralregion, 2) Lyon — Osten, 3) Marseille — Süden, 4) Bordeaux — Westen, 5) Lille — Norden, 6) Algier — Algerien. Künftigen Mai werden in diesen sämtlichen Regionen, bezw. deren Hauptstädten Regionalkongresse abgehalten werden. Dieselben werden sich nicht nur mit der Propaganda und Organisirung in ihren Regionen befassen, sondern auch Material für den künftigen Zentralkongress sammeln und haben. Die deutschen Sozialdemokraten folgen diesen eifrigen Bemühungen der französischen Arbeiter selbstverständlich mit den eifrigsten Sympathien.

Dem italienischen Arbeiter und zwar sowohl beim Lohnknecht als beim Landproletariat geht es im Allgemeinen noch ein gutes Stück schlechter, als seinen Leidensgenossen in Deutschland, Frankreich und England. Ein recht großes, aber keineswegs überflüssiges Bild der Noth des italienischen Volkes entwirft der „Operaio“ von Venedig. Es gibt, sagt er, kein Land, in welchem der Arbeiter (im großen Ganzen) so schlecht gehalten und bezahlt ist, wie in Italien. Und während einerseits der Preis der Lebensmittel steigt, sinkt der Lohn unaufhörlich. Die 300,000 Leinewerber der Lombardei erhalten 4 Franken pro Woche. Die ungesunde Arbeit in den Reichshäutungen trägt der armen, von Fieber erkrankten Arbeiterin höchstens 50 Centimes pro Tag ein. In der Provinz Como arbeiten 2000 Kinder unter neun Jahren bis 14 Stunden täglich für 10-15 Centimes. Venedig hatte zu Ende des vorigen Jahrhunderts bei einer Bevölkerung von 123,000 Einwohnern nur 2000 Arme; 1802 zählte es bei der fast gleichen Einwohnerzahl 32,422, 1866 35,000 und 1870 35,725 Arme. Der Tageslohn der benedictinischen Verlenarbeiters beträgt 26-30 Centimes pro Tag. Die Zahl der Proletariat hat bereits 22 Millionen erreicht — bei 28 Millionen Gesamtbevölkerung, so daß also mehr als drei Viertel aller Bewohner Italiens absolut heillos ist!

Unter so hochgradig elenden Umständen und da die Italiener nicht von so geüblichen Temperament wie die Deutschen sind und außerdem ihre politische Bildung noch in den Windeln stecken ist natürlich erklärlich, daß Ausbrüche der Volksherrschaft in der jetzigen Zeit der äußersten Noth — nach einer Aflernte und bei intensiver Kälte — nichts Seltenes sind. In Legnano hielten eine Meuterei den Betrieb an, wodurch 300 Arbeiter brodlos wurden. Die Leute verlangten ihren ausständigen Arbeitslohn, erhielten aber für Antwort, daß die Handelskammer in Mailand verboten habe, Auszahlungen zu machen, und daß die Arbeiter in die gleiche Linie der anderen Gläubiger gestellt werden. Was gibt's Brod mit ihnen Weibern, wirren Kindern? schrieen die wuthwüthenden Arbeiter. Aus den benachbarten Stationen kam Gendarmen an und von Mailand aus rückte man 50 Infanteristen, welche bereit die Ordnung wieder herzustellen. Tumulte in größerem Umfange fanden in Ravena statt. Eine große Masse hungriger Tagelöhner zog dort mit Frauen und Kindern vor das Rathaus, um Brod und Arbeit zu fordern. Sie wußten mit Gewalt in das Gebäude eindringen, wurden jedoch von Sicherheitsmannschaften und Militär zurückgedrängt und begaben sich nach dem Polizeipalast, ohne indessen auch hier das Gebäude betreten zu können. Die Parteien wütheten einige Stunden wiederholt, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete gab; schließlich kapitulirte die Armer eine Vorstadt und hürmten einige Bäckerläden und andere Nahrungsmittelverläger, um ihren Hunger zu stillen. Aehnliches geschah auch in Ferrara und in Rom selbst. In Manerbio bei Brescia waren es Bauern, welche Brod und Arbeit verlangten, ebenso in Semide. Hier wogen sie 700 Mann stark vor das Municipio und drohten, als sie keine befriedigende Antwort erhielten, mit Gewalt in das Gebäude einzudringen. Auch hier

schritt Militär ein. In der Nacht sollten die bei diesen Vorgängen Verhafteten befreit werden, was man nur durch die Nothlage verhindern konnte, daß dieselben bereits nach auswärts abgeführt worden seien. In Parma verlangten zahlreiche Handarbeiter vor dem Municipalsalast, bei der Begründung des gefallenen Schnees beschäftigt zu werden und drohten auch hier mit Gewaltthaten, was zur Einmischung der Polizei führte. Aehnliche Fälle kamen noch in verschiedenen Gegenden vor.

Freilich wird durch solche vereinzelte, planlose Ausbrüche wenig erreicht; allein Hungrigen ist schwer Vernunft predigen, und wenn die Verzweiflung auf's äußerste getrieben wird, dann stehen noch ganz andere Szenen bevor. Mächte die herrschende Klasse diese Dinge sich zur ersten Warnung dienen lassen und die Wölfe des Hasses und der Verzweiflung bei Zeiten und nach Kräften zersprengen. Weh ihnen, wenn sie das Weiterleuchten des heranziehenden Gewitters nicht beachten und wenn erst Blut und Donner ihnen die blöden Sinne öffnen müssen!

Die amerikanische Bourgeoisie hat abermals einen schlagenden Beweis für die, übrigens allbekannte und historisch festgestellte Thatsache geliefert, daß die herrschende Klasse kein Mittel scheut, um ihre Macht ungeschmälert zu erhalten, und daß sie, die dem „unheimlichen Volk“ gegenüber, die „Reichthümer“ auf der Zunge führt, selbst die erste ist, die Gesetze auf das Gewissen- und schamloseste zu brechen und die offenkundigen Verbrechen und Gewaltthaten aller Art zu begehen, sobald sie mit dem zur Unterdrückung des Volkes gemachten Gebrauch nicht durchkommt. Man erinnere sich, daß die kalifornische Arbeiterpartei bei den letzten großen Wahlen bedeutende Erfolge erlangte, indem sie in einer größeren Anzahl Städte und Kantonsämtern zum Mayor (Bürgermeister) von San Francisco, zu Rathsmitgliedern, zu Mitgliedern des höchsten Gerichtshofes, sowie verschiedenen Kolonialämtern Arbeitern gewählt wurden. Statt sich nur über das Niederwischen zu ergehen, gab die vollkommen gelehrt und mit großer Mehrheit gewählten Volkswahlmann anzureichern, suchten die geschlagenen Bourgeois unter Verwendung der Behörden und Gerichte, diese Gewählten durch Zufassung in dergleichen ihr Amt zu entziehen. Die letzten einen Protest gegen die Gewählten ein, auf Grund ihrer in Kalifornien, wie in andern Staaten existirenden Verfassung, die Wahl eines Kandidaten, der seine Wahl durch Verweigerung oder durch Bestechung irgend welcher Art zu erlangen sucht, ungültig ist und durch jeden Bürger beanstanden werden kann. Nun haben die Kandidaten der kalifornischen Arbeiterpartei bei der Wahl versprochen, einen Theil des auf die betreffenden Posten fallenden, übermäßig hohen Gehaltes in den Kommunalämtern zurückzugeben. Und dieses Versprechen ist seitens der Gerichte erster Instanz als entgegen den Bestimmungen des oben angeführten Gesetzes betrachtet und in Folge dessen der Prozess: Ungültigkeit der Arbeiterwahl entschieden worden!

Die kalifornischen Arbeiter und insbesondere die von San Francisco sind über dieses schandliche Gerichtsurtheil, welches kurzer Hand die ganze gleichmäßige Wahl annullirt, wie sie selbst für die Bourgeois nachteilig angesehen wird, sehr empört. Diefelben sind auch durchaus nicht gewillt, sich vor den Bourgeois ohne Widerstand vergewaltigen zu lassen. Der Arbeiterführer Kearny berief sofort nach gefallener Entscheidung eine Massenversammlung, in welcher er erklärte, daß, wenn die Monopolisten die Ertröschung der Arbeit um ihr Recht betrogen sollten, wenn der feindselige Stimmmittel nichts mehr nütze, dann müßten die Arbeiter ihren Vertretern mit Dolch und Kugel zum Amt helfen. „Ich sage Euch“, fuhr Kearny fort, „Ihnen Gerichtshöfen und Richtern die Hölle her, wenn diese Leute, wenn der Tag gekommen ist, in ihr Amt eingesetzt werden. Ich bewahre Euch: haltet Euch bereit, denn die Deppen, welche wir erwählt haben, müssen in ihr Amt eingesetzt werden, und zwar mit Gewalt, wenn nöthig. Ich meine nicht, ich werde meiner Frau und meinen Kindern den Abschiedskuß geben, werde meine Mühseligkeiten und mich auf die Straße begeben, bereit die Leute, für die ich gestimmt habe, in ihre Anwer einzuführen. Wenn Ihr nicht den Muth zeigt, den ich von Euch erwarte, werdet Ihr ewig Sklaven sein Arbeiter! Eure Zeit ist gekommen. Ich fühle es in allen meinen Knochen, daß es meine und Eure Pflicht ist, jene Leute in ihre Ämter einzusetzen. Macht Euch auf das Schlimmste gefaßt, vertheilt Euch mit Kugeln, Keulen und Pistolen. Keiner soll an jenem Tage zur Arbeit gehen. Ich weiß ein oder zwei Tausend von uns werden getödtet werden, aber auch alle Uebel werden umkommen. Und alsdann wird die Verammelten aufstehen, den Willen des Volkes um jeden Preis und durch alle Mittel durchzuführen, stimmten Tausende sich erhoben, ihre Hände zum Schwerte! Man kann sich demnach, wenn die Bourgeois nicht geneigt sind, dann Erstes gefaßt machen.“

Natürlich wird die Bourgeoisie alles Bisherige und Bisherigen einen gewaltigen Spektakel ausrichten, aber die nicht abzubewiesenen, räuberischen, mörderischen kalifornischen Arbeiter. Andere Genossen werden aber dann wissen, was sie von dem Willen zu halten haben. Die Absicht der Unterdrückung des kalifornischen Gerichts liegt auf offener Hand. Es kann nach keinem Raisonnement möglich sein, jede Wahl annullirt werden, bei welcher die Kandidaten versprochen, die Gehälter der Beamten zu reduzieren oder überhaupt Einsparungen im Budget vorzunehmen, oder auch nur die bestimmte Reform anzustreben. Denn alles dies sind Versprechungen und Bestechungen, gemacht um die Wähler zu bewegen, einem gewissen Kandidaten ihre Stimmen zu geben. Aber es handelt sich ja, wie unter amerikanischen Bundesorgan, die New Yorker Volkszeitung treffend ausdrückt, gar nicht um juristische Deduktionen. Die Sache liegt da. Es handelt sich bei den kalifornischen Nachbarn von uns, um welche Mittel anzuwenden sind, um einen Wahlakt der Arbeiter unter allen Umständen die Ehre abzuwehren. Das ist es eben, was Jeder voraussehen mußte, der weiß, daß die herrschende Klasse noch niemals ihre Macht freiwillig in friedlicher Weise aufgegeben hat, sondern immer nur der Gewalt gewichen ist. Dieselben Leute, die von den Sozialisten und Kommunisten fortwährend als „Verdrämmer und Räuber“ sprechen und sie beschuldigen auf den friedlichen Weg der „friedlichen Wohl“ als Mittel zu Erreichung ihrer Ziele zu verwenden, sind die ersten, die vor keiner Schufterei zurückweichen, wenn der Erfolg sich auf dem von ihnen empfohlenen Wege, gegen sie selbst und ihre

